



BRAWAG WASSER- UND ABWASSERGESELLSCHAFT BRANDENBURG AN DER HAVEL ERHÖHT TARIFE UM BIS ZU 33 PROZENT

15.03.2004 Fachinformation

Als Begründung der Erhöhung wird die gesunkene Verbrauch an Trinkwasser angegeben. Dies zeigt, dass der notwendige Paradigmenwechsel beim Stadtumbau offensichtlich noch nicht in der Stadt angekommen ist. Wie einer Kundeninformation zu entnehmen ist, erhöhte das Unternehmen seinen Trinkwasserpreis ab 1. Februar 2004 um 0,38 Euro pro Kubikmeter Wasser auf 1,90 Euro (Nettopreis). Dies entspricht einer Anhebung um 25 Prozent. Als Ursache gibt das Unternehmen den Mengenrückgang der verkauften Trinkwassermengen seit 1997 um nahezu 30 Prozent an. Gleichzeitig erhöhen sich auch die Abwassergebühren: So stieg die Mengegebühr für die Schmutzwasserentsorgung auf 3,30 Euro pro Kubikmeter Schmutzwasser, was einer Steigerung um 33 Prozent entspricht. Die Grundgebühr für einen typischen Anschluss der Größe Qn 2,5 wird von 4,60 Euro auf 6,00 Euro pro Kubikmeter Schmutzwasser erhöht. Die Kleinkläranlagengebühr steigt von 12,61 Euro auf 15,65 Euro pro Kubikmeter, die Aufleitgebühr von 2,53 Euro auf 3,13 pro Kubikmeter und die Grundwassereinleitungsgebühr von 0,57 Euro auf 1,60 Euro pro Kubikmeter. Als Ursachen gibt die BRAWAG hier den erheblichen Sanierungsbedarf der Abwassernetze an. Der BBU verurteilt das Vorgehen der BRAWAG auf das Schärfste. Mittlerweile sollte auch in den Reihen der Wasserbetriebe die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg hinreichend bekannt sein. Sie wird, wie in allen großen Städten des Landes, in den nächsten Jahren nachhaltig sinken. Der Anteil älterer Menschen, die im Durchschnitt weniger Wasser verbrauchen, wird immer größer werden. Die Folge wird ein weiteres erhebliches Absinken des Wasserverbrauch sein. Angesichts dieser Tatsachen kann es kein dauerhaft praktikables Zukunftsmodell sein, die durch die offensichtlich überdimensionierten Anlagen entstehenden Kosten auf die schwindende Zahl der Verbraucher umzulegen. Man stelle sich den Vergleichsfall vor, die Wohnungsunternehmen der Stadt würden ihre Mieten systematisch erhöhen und dies mit dem Anstieg ihres Leerstandes begründen. Ein solches Vorgehen würden sie in ihrer Existenz gefährden und wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel, der einen beschleunigten Prozess weg vom Wachstum, hin zur Gesundschumpfung in Gang setzt. Es muss mit aller Schärfe daran erinnert werden, dass auch für die Stadt Brandenburg das Motto „Stadtumbau“, nicht „Wohnungswirtschaftsumbau“ lautet: Nur wenn alle Betroffenen sich aktiv beteiligen, kann die Existenz der Stadt Brandenburg wie anderer Städte mittel- und langfristig gesichert werden!